



TRAS Jahresbericht 2024/2025

(Berichtszeitraum April 2024 bis April 2025)

Sie können diesen Bericht auch vom Internet herunterladen. <https://atomschutzverband.ch/>

Inhalt:

1. Rückbauplan für Fessenheim – öffentliche Konsultation	1
2. “Technocentre”	1
3. Situation in Deutschland	3
4. TRAS-Aktivitäten und Situation in der Schweiz	3
5. Zahl der Mitgliedschaften	6
6. Zusammensetzung des Vorstands	6

1. Rückbauplan für Fessenheim – öffentliche Konsultation

Die Rückbauarbeiten der beiden Reaktoren in Fessenheim (Ausserbetriebnahme 2020) erstrecken sich über Jahrzehnte. Laut Electricité de France (EDF) gab es seit der Schliessung der Anlage keine Entlassungen, wobei 8 Einzelfälle noch zu klären seien. 99 % der Angestellten hätten durch Versetzung im Konzern weiterbeschäftigt werden können.

2024 ereigneten sich beim Rückbau zwei Unfälle, die als Ereignis der Kategorie 0 vermeldet wurden. Es wurden keine sicherheitsrelevanten Ereignisse der Stufe 1 oder höher gemeldet.

Die Arbeiten werden von der Atom-Aufsichtsbehörde ASN überwacht (neu ASNR). Genaue Daten über die beim Rückbau entstandenen Emissionen wurden in der CLIS (Commission locale d'information et surveillance) kommuniziert, wo Mitglieder aus dem TRAS-Vorstand regelmässig vertreten sind.

Die alten Dampferzeuger aus dem Jahre 2012, die seither noch in Fessenheim gelagert wurden, wurden nach Schweden transportiert und dort von der EDF-Tochter Cyclife entsorgt. EDF spricht von einer angestrebten Stahl-Recyclingquote von 92%, doch sind diese Angaben umstritten.

Zu reden gab es in den Vorjahren die Verklappung von Borsäure in den Rhein; es wurde eine Missachtung der Grenzwerte befürchtet. Laut EDF wurden die Grenzwerte 2024 eingehalten. Alle Grenzwerte für Wasser- und Luftemissionen wurden laut ASN eingehalten. Kontrovers beurteilt wird, welche Fundamente der Reaktoren nach dem Rückbau im Boden verbleiben werden.

2. “Technocentre”

Die Pläne der EDF für ein «Technocentre» in Fessenheim – eine Metallschmelze für radioaktive Abfälle – die auf dem Werksgelände unmittelbar an der Landesgrenze Frankreich/Deutschland erstellt werden soll – sorgen für erhebliche Beunruhigung der Bevölkerung.

Von Oktober 2024 bis Februar 2025 veranstaltete der französische Staat auf Veranlassung von EDF einen in Frankreich für Grossprojekte üblichen «débat publique». Dabei wurden von EDF vertiefende Informationen zum Projekt Technocentre abgegeben.

Diese Informationen muss man angesichts der radioaktiven Risiken als lückenhaft bezeichnen; zudem waren sie für die Teilnehmenden am «débat publique» nicht objektiv überprüfbar. Trotzdem brachte der «débat» in der Bevölkerung, bei den Umweltorganisationen und wissenschaftlichen Fachexperten eine intensive Auseinandersetzung mit dem Projekt, wobei festzuhalten ist, dass die EDF ihrerseits «Bürgerinitiativen» in die Debatte schickte, bei denen es sich offensichtlich vielfach um bezahlte PR-Beauftragte handelte, die auf ihre Weise versuchten, gute Stimmung für das Projekt herbeizureden.

Die «öffentliche Debatte» (débat publique) wurde von einer unabhängigen Kommission insgesamt in einer offenen und respektablen Weise durchgeführt. Die Debatten mit zahlreichen Veranstaltungen (inkl. Videokonferenzen und Protokollen) wurden minutiös protokolliert, und es wurden auch die kritischen Aspekte offengelegt, so dass fanatische Anhänger der Atomenergie wie der Präsident der CLIS, der Abgeordnete Raphael Schellenberger, von «demokratischer Selbstzerstörung» sprach.

Stellungnahmen

TRAS hat zum Technocentre eine eigene Stellungnahme erarbeitet. Daneben erschienen zahlreiche weitere Stellungnahmen, die die EDF-Pläne und die Informationslücken kritisch reflektierten.

Der Vorteil des «débat publique» lag im Dialog und der Klärung der unterschiedlichen Positionen zu verschiedenen inhaltlichen Fragen. Allerdings steht in vielen Fragen oft Aussage gegen Aussage. Die Tatsache, dass EDF inzwischen zu 100% dem französischen Staat gehört und dass die beiden Aufsichtsbehörden ASN und ISRN fusioniert wurden und ebenfalls staatliche Interessen verfolgen, trägt nicht zur Vertrauensbildung bei.

Neben den Stellungnahmen der Nachbargemeinden und -Länder, die auf die Problematik der Überwälzung von Emissionen und Risiken auf die Nachbarländer eingingen, kamen besonders kritische Voten zum Technocentre aus der Wissenschaft, zum Beispiel vom französischen Physiker und Chemiker Thierry Laroche Lambert (Universität Belfort) und von der Gruppe «Global Chance».¹

Der französische Physiker und Chemiker Thierry Laroche Lambert (amtierender Professor an der Universität Belfort) in seiner fundierten Stellungnahme fest, dass das Projekt kommerziell und ökologisch mehr Schaden als Nutzen bringe²:

«Im Vergleich liegt der Stromverbrauch pro Tonne recycelter Stahl, der durch den elektrischen Schmelzprozess des geplanten Technocentre erzeugt wird, etwa 2,6 mal höher als der eines Elektrostahlwerks.... Ebenso wird die Produktion radioaktiver flüssiger Abfälle nach den Reinigungsvorgängen erwähnt, ohne dass diese quantifiziert werden.

Die in den EDF-Dokumenten zum Technologiezentrum mehrfach hervorgehobene Nachhaltigkeit ist daher schwer zu bestätigen und zu begründen. Die Durchsicht internationaler wissenschaftlicher Veröffentlichungen zur Bewertung der Wirksamkeit der Schmelzung von radioaktiven Metallabfällen TFA [très faible activité] und/oder FMA faible ou moyen activité] zur Trennung radioaktiver Elemente aus geschmolzenem Stahl sowie die Versuchsberichte zu verschiedenen Technologien zur Trennung radioaktiver Elemente durch Schmelzung radioaktiver Metallabfälle widersprechen weitgehend den Aussagen, die sowohl von EDF in den vorgelegten Unterlagen als auch, überraschenderweise, von CEA, SFEN und der Académie des technologies in ihren Stellungnahmen.

Aus rein physikalischer Sicht ist es unmöglich, radioaktive Isotope von nicht radioaktiven Isotopen desselben chemischen Metallelements durch oxidative Schmelzung zu trennen, da die Oxidations-Reduktions-Eigenschaften von Metallatomen nicht vom Atomkern abhängen.»

Die Gefährlichkeit der Anlage wird von der Frage abhängig sein, ob es technisch überhaupt gelingt, die erzeugten Produkte glaubwürdig freizumessen. Dazu schrieb Prof. Laroche Lambert folgendes:

«Wie die IRSN³ betont, „stößt die Umsetzung des Freigabekonzepts jedoch auf eine Schwierigkeit: Die Unbedenklichkeit kann nur dann als gegeben angesehen werden, wenn sichergestellt ist, dass die Aktivitätskonzentrationen aller freigegebenen Materialien

die festgelegten Grenzwerte einhalten. Die größte Herausforderung bei der Freigabe radioaktiver Materialien besteht daher in der Beherrschung der Kontrollverfahren vor der Freigabe, insbesondere der Schritte zur radiologischen Charakterisierung der zur Freigabe bestimmten Materialien.

Die Messtechnik muss dafür auf die sehr niedrigen zu messenden Werte, die potenziell großen zu charakterisierenden Volumina, aber auch auf die möglicherweise ungleichmäßige Verteilung der Radioaktivität innerhalb dieser Volumina abgestimmt sein. In diesem Zusammenhang sind die Wahl der Messtechniken, die Probenahme-strategie, die Definition des „tolerierbaren“ Unsicherheitsgrades sowie die Strenge der Qualitätssicherungsverfahren wesentliche Voraussetzungen, um in der Praxis sicherzustellen, dass keine Auswirkungen auf die Gesundheit auftreten». (elektronische Übersetzung des französischen Originals).

Weitere Einwendungen aus dem «débat publique»:

- Die Freigabe von Metallen mit sehr geringer radioaktiver Strahlung (very low level waste VLLW) ist nach französischem Gesundheitsgesetz eigentlich gar nicht zulässig. Die Genehmigungen zur Freigabe beruhen auf einem Dekret von 2022, das von der Regierung ohne Mitwirkung des Parlaments erlassen wurde. Dieses Dekret unterläuft die geltende Gesetzgebung. Ob die Regierung überhaupt das Recht hat, radioaktive Metalle zu verwerten (statt der Endlagerung zuzuführen) und als «normalen» Stahl in freien Umlauf zu setzen, bleibt deshalb schon im Grundsatz hoch umstritten.
- EDF strebt offiziell eine möglichst hohe Recyclingquote der zu entsorgenden Materialien aus alten Atomkraftwerken an. «Recycling» würde aber eigentlich bedeuten, dass die Metalle wieder dem Atomsektor zugeführt werden, was beim Technocentre nicht der Fall ist. Die Metalle sollen vielmehr auf den freien Markt gebracht werden und unterliegen in den Verwendungsart keinerlei Beschränkung. Dies kann dazu führen, dass Stahl aus alten Atomkraftwerken auch in Pfannen, Kinderwagen oder Bauteilen Verwendung finden.
- Die EDF spricht von extrem niedrigen Strahlendosen, die von den recycelten Materialien eingehalten würden. Ob dies wirklich der Fall ist und diese Werte auch eingehalten werden, dazu gibt es keine von unabhängiger Seite bestätigten Auswertungen.
- Auch die angebliche Ungefährlichkeit niedriger Dosen ist empirisch nicht erhärtet. Im Gegenteil wurden die Strahlenschutz-Grenzwerte in den letzten Jahrzehnten mehrmals gesenkt, auf Basis neuer Erkenntnisse wie zum Beispiel der INWORKS Studie; bereits eine niedrige Dosisleistung unter 1 Millisievert erhöht die Zahl der Todesfälle. Auch die natürliche Strahlung stellt ein Problem dar, obschon immer wieder suggeriert wird, sie sei unproblematisch. Die Schutzkampagnen gegen Radon sind Beweis dafür, dass auch die natürliche Radioaktivität

¹ <https://global-chance.org/Analyse-du-projet-de-Technocentre-EDF-installation-de-valorisation-de-metaux-tres-faiblement-radioactifs-a-Fessenheim-Haut-Rhin-interet-et-incertitudes-industrielles-et-scientifiques>

² <https://global-chance.org/Analyse-du-projet-de-Technocentre-EDF-installation-de-valorisation-de-metaux-tres-faiblement-radioactifs-a-Fessenheim-Haut-Rhin-interet-et-incertitudes-industrielles-et-scientifiques>

³ IRSN. PNGMDR – Analyseblatt zu technischen Kontroversen – 5. Entsorgung von Abfällen mit sehr geringer Aktivität. 22. Oktober 2018. https://pngmdr.debatpublic.fr/images/contenu/documentation/clarification_controverses/Q5_IRSN.pdf

ernst genommen wird. (Beitrag Roland Desbordes, Criirad).

- In der Debatte wurde angezweifelt, dass das Technocentre die angestrebte geringe Emission der VLLW-Metalle von 0,01 Millisievert tatsächlich einhalten kann; dieses Misstrauen rührt von der Angst, dass innerhalb der Metalle Alpha-Strahler verbleiben, deren Messbarkeit an der Oberfläche eines Metallbarrens technisch gar nicht zu gewährleisten sei.

TRAS hat hielt in der eigenen Stellungnahme fest:

Um das Technocentre als eine blosse «Industrieanlage» (nach ICPE, Installation classée pour la Protection de l'Environnement) zu erstellen, müsste die Radioaktivität auf dem Gelände zu jedem Zeitpunkt unter einem bestimmten Wert liegen, sowohl für jedes Radioisotop als auch insgesamt (Q-Faktor). Die Bauteile, die in Fessenheim ankommen werden, werden aber unterschiedlich stark kontaminiert sein, darunter befinden sich auch mittelaktive Abfälle und Uran. Es ist unmöglich, dass der so genannte Q-Faktor eingehalten wird.

Unter diesen Bedingungen müsste man das Technocentre als nukleare Basisanlage einstufen (Kontrolle durch ASN), denn Kontrollorgane müssen in der Lage sein, die Radioaktivität zu überwachen. Ziel der Schliessung von Fessenheim war es jedoch, atomare Risiken in einer Zone mit erhöhtem Erdbebenrisiko, dichter Bevölkerung und dem europäisch grössten Grundwasser-Reservoir zu vermeiden.

Die Standortwahl ist wegen der Grenznahe, der vorherrschenden Windrichtungen und der dichten Besiedlung ungeeignet. Kommt es zu radioaktiven Emissionen (Luft, Wasser, Boden), sind die Nachbarländer ungleich stärker betroffen als das Betreiber-Land Frankreich.

Es ist statistisch nachgewiesen, dass bei nuklearen Anlagen die Verzögerungen und Kostenüberschreitungen besonders häufig sind, entgegen den ursprünglichen Plänen⁴. Es könnte sich ergeben, dass das Technocentre nicht bloss 40 Jahre, sondern so lange betrieben werden wird, wie Atomkraftwerke in Frankreich entsorgt werden, also über biblische Zeiträume bis ins 22. oder 23. Jahrhundert. Die erwarteten Mengen an radioaktiv belasteten Materialien sind gigantisch: Die Jahresproduktion von 20.000 Tonnen ist viermal grösser als bei der EDF- Anlage Cyclife Sweden, wo pro Jahr maximal 5.000 Tonnen abgewickelt werden, in Wirklichkeit aber deutlich weniger.

Eine Kontamination des Grundwassers durch Einleitungen in den Rheinseitenkanal nördlich von Breisach ist nicht ausgeschlossen. Daher wäre die Überwachung des Grundwasserstroms von hoher Bedeutung, wird aber in den Unterlagen der EDF mit keinem Wort eAbwälzung von Risiken auf die Nachbarn.

Wir befürchten, dass die Nachbargemeinden in Deutschland und der Schweiz keine Möglichkeiten haben, die von EDF publizierten Daten über radioaktive Emissionen in die Luft und in die Gewässer auf ihre Wahrhaftigkeit zu prüfen. Eine Lastenverschiebung auf die umliegenden Körperschaften halten wir deshalb für unakzeptabel.

Verwiesen sei auf den Abschlussbericht der CNDP⁵. Die TRAS Stellungnahme befindet sich auf der Homepage.⁶

3. Situation in Deutschland

Unter der zu Ende gehenden Ampelkoalition hat sich der Zubau der erneuerbaren Energien und der Netze im Berichtsjahr weiter beschleunigt, was in erster Linie auf Reformen bei den Bewilligungsverfahren zurückzuführen ist. Als besonders dynamisch erweist sich die Nachfrage nach Stromspeicher-Kapazitäten, denn im Jahre 2024 stieg die Zahl der Stunden mit negativen Preisen oder Nullpreisen an der Strombörse auf neue Rekordwerte.

Der neue Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD enthält ein Bekenntnis zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien; von neuen Atomkraftwerken ist nicht länger die Rede, nachdem noch vor dem Wahltag CDU und CSU so taten als sei eine Renaissance der Kernenergie möglich und sinnvoll. Interessanterweise ordnet der Koalitionsvertrag dem Zubau von Speichern ein «überragendes öffentliches Interesse» zu. Dies hinderte die neue Energieministerin Katharina Reiche nicht daran, in den ersten Tagen nach Amtsantritt den Schwerpunkt auf den Ausbau von «Gaskraftwerken mit bis zu 20 Gigawatt Leistung» zu legen. Erneut kommen Zweifel auf, ob die konservativ dominierte Regierung in Deutschland fähig und willens ist, die Chancen der Energiewende endlich zu verstehen und in allen Sektoren – Strom, Wärme, Verkehr und Industrie – voranzutreiben.

Es gibt inzwischen ein Land auf der Welt, das verstanden hat, welche gigantischen Chancen mit der Nutzung von erneuerbaren Energien einhergehen und diese in den Mittelpunkt der Industriepolitik gestellt hat: China. Es steht zu befürchten, dass die deutsche Industrie von China immer weiter deklassiert wird, nicht nur im Bereich Photovoltaik, sondern auch in der Windkraft, in der Energiespeicherung und der Herstellung von Automobilen.

4. TRAS-Aktivitäten und Situation in der Schweiz

Neue Geschäftsleitung des TRAS

Am 26. Juni fand in Freiburg im Breisgau die diesjährige Mitgliederversammlung des Trinationalen Atomschutzverbandes (TRAS) statt. Der Veranstaltungsort im neuen Rathaus hätte nicht besser sein können: Es handelt sich hier nämlich um ein «Plusenergiehaus», das mehr Energie über regenerative Quellen erzeugt als es benötigt und somit den eigenen Bedarf decken kann. Schon zu Anfang des statutarischen Teils war der Saal randvoll.

In Abwesenheit der Präsidentin (Nationalrätin Irène Kälin nahm in Bern an einer Sitzung der Finanzdelegation teil) übernahm Vize-Präsident Rudolf Rechsteiner die Sitzungsleitung. Die Genehmigung des Jahresberichts, Jahresrechnung und der Bestätigung der Revisionsstelle erfolgten einstimmig.

Anschließend stellte sich die neue Geschäftsführerin Stephanie Eger vor und begrüßte die Teilnehmenden. Die Juristin aus Holland lebt mit ihrem Mann in Zürich und bringt eine langjährige Erfahrung in der NGO-Arbeit mit; zuvor arbeitete sie für die niederländische Atomaufsicht innerhalb des Wirtschaftsministeriums. Stephanie Eger trat die

⁴ Bent Flyvbjerg, Dan Gardner: How Big Things Get Done, Macmillan Publishers International 2023.

⁵https://www.debatpublic.fr/sites/default/files/2025-05/CNDP-Fessenheim_CR-Allemand.pdf

⁶ <https://atomschutzverband.ch/1724/>

Funktion der Geschäftsführerin von TRAS am 15. November 2023 (Nachfolge von Fabian Lüscher).

Ebenfalls neu wurde Thomas Hertle als Repräsentant und Koordinator für Süddeutschland vorgestellt. Der Freiburger war 30 Jahre Unternehmer und ist Mitglied in vielen regionalen Initiativen.

Die bekannte Energiereferentin Eva Stegen, Wahl-Freiburgerin und promovierte Biologin, wurde unbestritten in den Vorstand bestellt. Als Journalistin und engagierte Expertin für die Ablösung des fossil-atomaren Energiesystems ist sie seit fast 20 Jahren als Energiereferentin bei der EWS (Elektrizitätswerke Schönau) tätig.

Neue Atompläne in der Schweiz

Nach einer Pause mit Brezeln und Kaffee geht es weiter mit der Auftaktveranstaltung zum neuen Netzwerk Klima- und Atomschutz Süddeutschland. Nach einem freundlichen und ermutigenden Grusswort von Freiburgs Umweltbürgermeisterin Christine Buchheit übernahm Fachjournalist Bernward Janzing die Moderation. Als erster Referent erhielt Florian Kasser, Präsident der Allianz Atomausstieg, das Wort. Er gab eine Übersicht der Schweizer Atompolitik und was in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Dazu gehören ein Referendum zur Aufhebung des geltenden AKW-Neuverbots und eine mögliche Verlängerung der bereits stark strapazierten Überzeitverlängerungen der laufenden AKWs. Viel Beifall behielt Herr Kassers hoffnungsvoller Blick in die Zukunft: «Die Atomhunde bellen, die erneuerbare Karawane zieht weiter.»

Als nächstes war Eva Stegen dran. Mit einer guten Dosis Humor zeigte sie auf krasser Weise auf, was für Unsinn immer wieder zum Erhalt der Atomenergie und gegen den Ausbau der Erneuerbaren gewettert wird. Dazu gehören Aussagen wie «Physikalisch ausgeschlossen ... Deutschlands #Energiewende hat das mögliche Maß erreicht» von Hans-Werner Sinn (aus 2015), die von Frau Stegen mit Statistiken widerlegt wurde. Die Botschaft an die Schweiz war klar: Glaubt den Horrorstories, dass sobald die Atomkraft abgedreht wird, Licht und Heizung nicht ausgehen. Der Ausbau der Erneuerbaren ist ein zuverlässiger und preisgünstiger Weg in die Zukunft.

Nukleare Bedrohungslage in Süddeutschland

Bevor es zur Präsentation des neuen Netzwerkes ging, gab es eine Präsentation der IPPNW. Herr Dr. Böcking zeigte in seinem Online Beitrag auf, wie schwerwiegende Konsequenzen Niedrigstrahlung für uns Menschen haben kann. Da Strahlung ja nicht an der Grenze aufhört, war dies ein gutes Beispiel dafür, wie die süddeutsche Region von den Schweizer AKW gefährdet wird. Das Vorhaben von TRAS, ein Netzwerk zum Klima- und Atomschutz der süddeutschen Region zu gründen, fand daher viel Beifall. Trotz schönem Wetter lief der Ideenaustausch auf Hochtouren.

Im Diskussionsteil der Versammlung befasste sich Rudolf Rechsteiner mit der Frage, welche Gefährdung von den Schweizer Atomanlagen für die Bevölkerung in Süddeutschland ausgeht. Mit dem Entscheid über das neue Stromgesetz vom 9. Juni 2024 wurde die Schweizer Elektrizitätswirtschaft auf neue Grundlagen gestellt. Innerhalb 10 Jahren soll die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien laut Gesetz um 35 TWh gesteigert werden, was dem eineinhalbfachen der bisherigen Stromerzeugung aus alten Kernkraftwerken entspricht. Für Rechsteiner überraschend war die breite Unterstützung dieses

Gesetzesvorhaben, das trotz Opposition der Atomlobby und der SVP auch bei Mitgliedern der „Atomparteien FDP und SVP mehr als nur vereinzelte Unterstützung fand. Dies erklärt auch die hohe Zustimmung von 68,7% der abgegebenen Stimmen.

Die alten Reaktoren wurden für einen Betrieb von 30 bis 40 Jahren gebaut. Um den Weiterbetrieb zu ermöglichen, hat der Bundesrat (Exekutive der Schweiz) viele Vorschriften gelockert. Die Schweizer Atomaufsicht verhält sich nicht wirklich unabhängig. Sie kooperierte eng mit den Betreibern, begrüßte wiederholt die Lockerung von Vorschriften oder initiierte diese selber. Der Überzeitbetrieb ohne Mitsprache der betroffenen Nachbarländer und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung verstößt gegen die ESPOO Konvention von 1997. Die Schweiz unterläuft mit der Praxis die Espoo-Konvention, indem wiederkehrende Verlängerungen in einem Briefwechsel zwischen Aufsichtsbehörde und Betreibern genehmigt werden, ohne dass eine international abgestützte Umweltprüfung stattfindet. In der Espoo-Konvention festgehalten, dass die Ursprungs Partei bei ihrem Entscheid auch die Ergebnisse der Anhörung im Nachbarstaat beziehungsweise in den Nachbarstaaten (betroffene Parteien) berücksichtigt. Die Teilnehmenden begrüßten generell die vom Vorstand geplanten Schritte.

Gegenvorschlag zur Atom-Initiative wird präsentiert

Der Bundesrat hat am 28. August 2024 die Eckwerte seiner Botschaft zur Atom-Initiative «Blackout stoppen» präsentiert. Mit diesem beabsichtigten Gegenvorschlag soll das AKW-Neuverbots aus dem Gesetz gestrichen werden. Der Trinationale Atomschutzverband TRAS lehnte dieses Vorhaben ab. Das ist die reinste Sabotage an den 2917 und 2024 gefällten Volksentscheiden und missachtet die Interessen der angrenzenden Bevölkerung im benachbarten Ausland.

Die Schweiz sollte sich in Sachen Atomkraft ein Beispiel an Deutschland nehmen, das vor einem Jahr die letzten AKW vom Netz genommen hat. Seitdem ist das Licht nicht ausgegangen, vielmehr sind die Strompreise sogar gesunken. Dies dank dem einheimischen Ausbau der Erneuerbaren und dank dem funktionierenden europäischen Strommarkt, wodurch je nach Wetterlage billiger (und hauptsächlich aus Erneuerbaren stammender) Strom aus dem Ausland bezogen werden konnte oder ins Ausland verkauft wurde.

Im Gegenzug zeigt Frankreich auf, wie dramatisch schwierig sich die Lage der Atomindustrie dort gestaltet. Vor einem Jahr wurde der Energiekonzern EdF verstaatlicht, weil sich Investoren zurückgezogen, die Schulden ständig anstiegen und der Konzern einen veralteten und unzuverlässigen AKW-Park unterhält.

Zusätzlich verzögerten sich aktuelle AKW-Bauprojekte um Jahre, während die Kosten explodierten. Im Jahr 2022 stand deswegen die Hälfte der AKW in Frankreich still. Das führt mittlerweile zu grosser Unsicherheit und es drohen Preiserhöhungen, um die Schulden der EDF zu senken.

In der Schweiz kennen die Energiekonzerne die Wirtschaftsrisiken neuer AKW – und sie wollen diese nicht eingehen. Das ist das eigentlich Neue an der Atomdiskussion: Der Energieminister, der gerne Atomminister sein möchte, steht mit seinen beiden Atomparteien SVP und FDP alleine da und die Mehrheit im Bundesrat findet möglicherweise keine Mehrheit im Parlament, geschweige denn bei einer Volksabstimmung.

Angesichts sinkender Strompreise ist absehbar, dass die öffentliche Hand die Milliarden hohen Kosten für neue

AKWs tragen müsste. Viel wirtschaftlicher, sicherer, und vor allem schneller und besser für Mensch und Umwelt sind der Ausbau der einheimischen, erneuerbaren Energie sowie ein bilaterales Stromabkommen mit der EU. Das Bundesparlament oder das Volk muss die nötigen Korrekturen vornehmen, um die Schweiz und das angrenzende Ausland vor einem neuen atomaren Fehltritt mit langjährigen finanziellen und sicherheitstechnischen Risiken zu bewahren.

Im September 2024 kamen dann nochmals schlimmer Fakten zu Tage: Der Tages-Anzeiger hat in einer Recherche über den Verdacht systematischer Fälschungen bei Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen berichtet. Im Zentrum der Ermittlungen steht auch die Atom-Initiative «Blackout stoppen». Obwohl die Bundesanwaltschaft wegen Unterschriftenfälschung ermittelt, gibt es politisch keinen Marschhalt. Der Energieminister und der Bundesrat vertrauen einer finanzstarken pro-nuklearen Front-Organisation, die vor Fälschungen und Manipulationen keineswegs zurückschreckt, das ZTiel heiligt offenbar alle Mittel.

Im Dezember ging der Gegenvorschlag in Vernehmlassung. TRAS reichte eine ausgiebige Vernehmlassungsantwort ein, wobei auf die vielen unnötigen Risiken hingewiesen wurde.

Endlager

Am 19. November hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) ein Rahmenbewilligungsgesuch für den Bau eines Endlagers für radioaktive Abfälle eingereicht. Das Endlager soll im Gebiet Nördlich Lägern der Gemeinde Stadel im Kanton Zürich gebaut werden. Seit 50 Jahren wird in der Schweiz schon nach einem geeigneten Standort gesucht. Obwohl Nordlich Lägern vor einigen Jahren ausgeschlossen wurde, hat die NAGRA sich umentschieden. Der Bundesrat entscheidet voraussichtlich 2029 über die Rahmenbewilligung.

Bei der Einreichung hatten sich kritische Organisationen versammelt, um auf die Beschwerden hinzuweisen. Sie wehren sich dagegen, dass der Atom Müll einfach vergraben und vergessen werden soll. Dafür sei die Lage nämlich viel zu gefährlich und seien wichtige Sicherheitsfragen nicht geklärt, wie:

- Welche Vorkehrungen werden getroffen, damit bei plötzlichem Wassereintrich im Zugangstollen kein Wasser in den Lagerbereich eindringt?
 - Wie werden Extremereignisse mit einer geringen Wahrscheinlichkeit behandelt? Es darf nicht sein, diese aus Kostengründen zu ignorieren.
- Der Klimawandel zeigt eindrücklich, dass Extremereignisse immer häufiger werden.

Die Organisationen bestehen auf eine Volksabstimmung. Das kann nur durch ein fakultatives Referendum erreicht werden. Dafür müssen 50'000 Unterschriften gesammelt werden.

Abschaltdatum für Beznau I und II

Im Dezember gab die Axpo endlich ein Abschaltdatum für die weltweit ältesten AKW bekannt. Beznau II soll im Jahr 2032 geschlossen werden und Beznau I im Jahr darauf. Obwohl das Abschalten der AKW zu begrüßen ist, ist zu bedauern, wie weit das Abschaltdatum in der Zukunft liegt. Die Mängelliste der beiden AKW ist nämlich lange. Sie reicht von Herstellungsmängeln mit umstrittenen Sicherheitsauswirkungen beim Reaktor Druckbehälter von Beznau I über unzureichend gesicherte Brennelemente-Abklingbecken bis hin zu einem Containment, das heutigen schweren Flugzeugen nicht mehr standhält. Die Schweiz hat sich seit dem Bau des AKW Beznau in den 1960er Jahren entscheidend verändert und nur 30 km entfernt liegt der stark gewachsene Schweizer Wirtschaftsmotor Zürich in der direkten Gefahrenzone. Das AKW Beznau widerspricht damit längst zeitgemäßen Sicherheitsanforderungen.

Prozess Leibstadt gestartet

Im letzten Jahresbericht wurde über die Einreichung eines Gesuches beim UVEK berichtet. Anliegen des Gesuchs war die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des AKW Leibstadt, bevor es in den Überzeitbetrieb geht. Genauso wie das öffentliche Recht es von der Schweiz verlangt.

Als kurz vor dem Übergang in den Überzeitbetrieb noch nicht einmal eine Antwort des UVEK vorlag, haben die 15 Anwohnende, die das Gesuch eingereicht hatten, eine Rechtsverweigerungsklage eingereicht. Kurz danach bekam die Anwältin dann doch noch eine Ablehnung des Gesuches: am Freitagmittag, bevor das AKW am Sonntag in den Überzeitbetrieb ging.

Innerhalb von 30 Tagen reichten die Anwesenden danach Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein. Somit fand der Prozess Leibstadt Ende Januar 2025 seinen Anfang. Um das der Welt mitzuteilen, wurde am 5. Februar 2025 eine Pressekonferenz organisiert. Es versammelte sich Presse aus allen Teilen der Schweiz, wie auch aus Deutschland. Die Berichterstattung in den nächsten Tagen war enorm.

TRAS, Greenpeace und die SES unterstützen die 15 Kläger:innen finanziell und organisatorisch und ermöglichen damit diesen Prozess.

Im Zuge einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung müssten die AKW-Betreiber endlich Rechenschaft darüber ablegen, was ein schwerer Unfall für Mensch und Umwelt für Konsequenzen hätte. Mindestens genauso wichtig ist aber, dass in einer UVP auch ein sogenanntes Null-Szenario diskutiert würde: Was wäre, wenn man auf den Weiterbetrieb des AKW verzichtete? Heute ist klar, dass die Stromversorgung der Schweiz mittelfristig auf Sonnen- und Wasserkraft basieren wird. Der Zubau der Photovoltaik geht immer schneller voran, mit jährlichen Zubauraten von rund 3 Prozent des Endverbrauchs allein bei der Photovoltaik. In einer UVP müsste ein AKW-Betreiber also darlegen, welche Risiken der Weiterbetrieb der mehr als 40-jährigen Atomkraftwerke beinhaltet und ob nicht vielleicht doch eine rasche Stilllegung die beste Lösung für die Umwelt sein könnte.

Mehr Informationen finden sie unter: <https://prozess-leibstadt.ch/>

5. Zahl der Mitgliedschaften

Die Zusammensetzung der Mitglieder auf einen Blick:

Politische Gemeinden (inkl. Landkreise)	74
Organisationen (inkl. Kirchgemeinden)	49
Einzel- und Familienmitglieder	91

Der Verband mit seinen angeschlossenen Gemeinden (inkl. Basel-Stadt) repräsentiert eine Einwohnerzahl von rund einer Million Menschen.

Liste der TRAS-Mitglieder / Kategorie Politische Gemeinden 14 Schweiz, 59 Deutschland, 1 Frankreich

Land	PLZ	Ort	Land	PLZ	Ort	Land	PLZ	Ort
DE	79677	Aitem im Schwarzwald	DE	79639	Grenzach-Wyhlen	DE	79295	Sulzburg
DE	79280	Au	DE	79194	Gundelfingen	DE	79331	Teningen
DE	79415	Bad Bellingen	DE	79423	Heitersheim	DE	79235	Vogtsburg im Kaiserstuhl
DE	79189	Bad Krozingen	DE	79194	Heuweiler	DE	79279	Vörstetten
DE	79410	Badenweiler	DE	79289	Horben	DE	79183	Waldkirch
DE	79351	Bahlingen am Kaiserstuhl	DE	79241	Ihringen	DE	79367	Weisweil
DE	79282	Ballrechten-Dottingen	DE	79199	Kirchzarten	DE	79677	Wembach
DE	79589	Binzen	DE	79539	Lörrach	DE	79297	Winden im Elztal
DE	79283	Bollschweil	DE	79539	Lörrach (Landkreis)	DE	79369	Wyhl am Kaiserstuhl
DE	79268	Bötzingen	DE	79429	Malsburg-Marzell	F	67600	Muttersholtz
DE	79206	Breisach am Rhein	DE	79364	Malterdingen	CH	4123	Allschwil
DE	79256	Buchenbach	DE	79232	March	CH	4102	Binningen
DE	79426	Buggingen	DE	79291	Merdingen	CH	4433	Ramlingen
DE	79211	Denzlingen	DE	79249	Merzhausen	CH	4495	Zeglingen
DE	79285	Ebringen	DE	79244	Münstertal	CH	4462	Rickenbach
DE	79588	Efringen-Kirchen	DE	79292	Pfaffenweiler	CH	4105	Biel-Benken
DE	79238	Ehrenkirchen	DE	79276	Reute	CH	2827	Schelten
DE	79356	Eichstetten am Kaiserstuhl	DE	79361	Sasbach am Kaiserstuhl	CH	4125	Riehen
DE	79591	Eimeldingen	DE	79227	Schallstadt	CH	4153	Reinach
DE	79312	Emmendingen	DE	79677	Schönau	CH	4117	Burg im Leimental
DE	79346	Endingen	DE	79641	Schopfheim	CH	4460	Gelterkinden
DE	79868	Feldberg	DE	79350	Sexau	CH	4106	Therwil
DE	79592	Fischingen	DE	79294	Sölden	CH	4438	Langenbruck
DE	79106	Freiburg	DE	79271	St. Peter	CH	4107	Ettingen
DE	79288	Gottenheim	DE	79219	Staufen im Breisgau			

6. Zusammensetzung des Vorstands

Der TRAS-Vorstand setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

aus der Schweiz

Irène Kälin (Präsidentin), Nationalrätin Grüne AG
 Prof. Dr. em. Jürg Stöcklin (Ehrenpräsident), ehem. Grossrat Grüne BS
 Dr. Rudolf Rechsteiner (Vize-Präsident), alt Nationalrat SP
 Nils Epprecht, Geschäftsleiter Schweizerische Energie-Stiftung
 Andreas Fischer, Grossrat Grüne AG

aus Frankreich

Claude Ledergerber, (Vize-Präsident), Mitglied CLIS und CSFR
 Dr. Jean-Marie Brom, Sortir du nucléaire
 Suzanne Rousselot, Stop Fessenheim

aus Deutschland

Stefan Auchter, (Vize-Präsident) Geschäftsführer BUND Freiburg
 Bürgermeisterin Christine Buchheit, Freiburg (D)
 Axel Mayer, ehem. Geschäftsführer BUND
 Jean Paul Lacôte, Mitglied CLIS und SPD
 Bürgermeister Harald Lotis, Bahlingen, parteilos
 Heinz Wolfgang Spranger, Gemeinderat Ballrechten-Dottingen, CDU
 Dr. Klaus von Zahn, Leiter Umweltschutzamt Freiburg (D) / mit beratender Stimme

Delegierte des Kantons Basel-Stadt

Dr. Yves Parrat, Kantonschemiker, Gesundheitsdepartement / mit beratender Stimme
Beisitzer: Dr. Samuel Mock, Abt. Gesundheitsschutz Basel-Stadt / mit beratender Stimme

Allen Vorstandsmitgliedern und den Delegierten mit beratender Stimme des Kantons Basel-Stadt und der Stadt Freiburg sei an dieser Stelle für die Zusammenarbeit herzlich gedankt.

Im Namen des Vorstands, die Präsidentin



Irène Kälin

Basel, im Mai 2025